

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 886 845 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

48. Jahrgang / 222

22. November 1993

Rudolf Scharpling erinnert an den vor 30 Jahren ermordeten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy: Die wichtigste Kennedy-Brücke ist die Brücke über den Atlantik.

Seite 1

Dietmar Franzke MdL setzt sich mit dem gewandelten Verhältnis der CSU zu den privaten Fernsehangebietern auseinander: Was früher gefordert wurde, ist heute Gegenstand von Protest.

Seite 2

Dokumentation

Der SPD-Bundesparteitag hat am 19. November in Wiesbaden eine Erklärung zum Einheitsprozeß verabschiedet, die wir dokumentieren.

Wortlaut

Seite 4

Die wichtigste Kennedy-Brücke ist die Brücke über den Atlantik

Gedanken zum 30. Todestag des amerikanischen Präsidenten

Von Rudolf Scharpling

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

Am Abend des 22. November 1963 bereiteten sich die Deutschen gerade auf den Feierabend vor, als sie aus Rundfunk und Fernsehen die schockierende Nachricht vom Attentat auf den amerikanischen Präsidenten erfuhren. Immer noch können sich viele Mitbürgerinnen und Mitbürger meiner und der älteren Generation daran erinnern, wo sie sich im Moment der Nachricht aufhielten und was sie gerade taten - ein Beweis dafür, wie sehr dieser uns immer noch als sinnlos erscheinende Tod die Menschen damals in ihrem Innersten getroffen hatte: in ihren Hoffnungen und Träumen, in ihren Vorstellungen von einem neuen Aufbruch und einem besseren Leben in Frieden, in ihrem Wunsch nach einer Erneuerung der Politik.

Noch kein halbes Jahr zuvor, im Juni, hatten sie die Vision einer erneuerten, friedlichen Welt, verkörpert in der Person Kennedys, ganz aus der Nähe erfahren und sich mit ihr identifizieren können; und nun schien mit einem Mal mit dem Mann Kennedy auch seine Vision dahingegangen zu sein.

Die Jüngeren unter den Deutschen können wahrscheinlich nicht mehr verstehen und nachvollziehen, was uns und unsere Eltern seinerzeit bewegt hat; und natürlich ist uns allen bewußt, daß Kennedy auch idealisiert worden ist, nicht zuletzt in Deutschland, und daß die Historiker, aber auch viele Amerikaner, ihn dem viel nüchternen Urteil der Geschichte ausgesetzt, seine Größe relativiert haben.

Gleichwohl: für die meisten gilt, daß sie die Ideen und die Vision, die sich mit Kennedy verbunden hatten, immer noch im Herzen tragen. Nicht zuletzt Oliver Stones Film über Kennedy und die ihn beschließende Vision vom Präsidentenamt, aber auch die Tatsache, daß Präsident Clinton sich als Erbe des kennedyschen Vermächtnisses versteht, sind deutliche Beweise dafür.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hevesallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortung
übernimmt
die Redaktion
Regensburg



Zu recht schreibt Willy Brandt in seinen Erinnerungen: "Mich kümmert der Kult der Heroisierung so wenig wie die Härte der rückschauenden Kritik"; wichtiger sei ihm, mit Kennedy einem Mann begegnet zu sein, "in dem sich die Qualitäten modernen Amerikanertums mit ungewöhnlicher Schärfe und Klarheit ausprägten".

Was uns Deutschen insbesondere von Kennedys Denken bleibt, ist seine Vorstellung vom deutsch-amerikanischen Verhältnis und von einer atlantischen Partnerschaft, so wie er sie im Juni 1963 in der Paulskirche umriß: "Wir sind", sagte er, "Partner bei der Sicherung des Friedens ... Der Ozean trennt uns weniger, als früher das Mittelmeer die antike Welt der Römer und Griechen trennte. Wir besitzen eine alte und Sie eine junge Verfassung, wir haben eine junge und Sie eine alte Kultur; aber was unsere Verpflichtung auf die Freiheit betrifft, so können und müssen wir alle ein und dieselbe Sprache sprechen. Unsere Rollen sind verschieden, jedoch ergänzen sie einander, und unsere Ziele sind die gleichen: Frieden und Freiheit für alle Menschen, für alle Zeiten".

Die Zeiten und die Umstände haben sich seit Kennedys Rede gewaltig gewandelt, nicht zuletzt in Europa. Die Aufgaben aber und Ziele bleiben: Deutschland, Europa und Amerika sind aufgefordert, jedes mit seinen Mitteln in gemeinsamer Anstrengung unter veränderten Umständen daran mitzuwirken, daß Kennedys Vision - die, wie wir wissen, von Willy Brandt geteilt wurde - nicht in unendliche Ferne rückt.

Ein gewaltiger Anfang, wie ihn Kennedy bei aller Kühnheit des Gedankens nicht vorhergesehen hätte, wurde mit den jüngsten Umbrüchen in Europa gemacht; und wir sind aufgerufen, hier weiterzuarbeiten und das Rad der Geschichte nie wieder von rückwärtsgewandten Geistern zurückdrehen zu lassen. Die Weiterarbeit an einem immer engeren Zusammenschluß Europas und gleichzeitig an der Festigung und Vertiefung der transatlantischen Beziehungen muß unser Beitrag zum Lebendighalten der Erinnerung an John F. Kennedy sein. Man könnte auch sagen: zwar ist es schön, daß in Bonn eine Brücke dem Andenken Kennedys gewidmet ist; aber die wichtigste Kennedy-Brücke entsteht dort, wo Menschen mithelfen, auf beiden Seiten des Atlantiks starke und tragkräftige Pfeiler der atlantischen Brücke zu bauen.

(-/22. November 1993/rs/ks)

Die CSU und die privaten Fernsehanbieter

Was früher gefordert wurde, ist heute Gegenstand von Protest

Von Dietmar Franzke Mdl.

Medien-Experte der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Das waren noch Zeiten, als sich die CSU täglich aufs neue rühmte, bei der Förderung privater Fernsehprogramme bundesweit Vorreiter zu sein. Nunmehr vergeht seit langer Zeit kaum mehr eine Woche, in der sich führende Repräsentanten dieser Partei in lautstarkem Klagen über gewalttätige und pornographische Darstellungen in diesen Programmen erregen. Initiativen im Bayerischen Landtag und im Medienrat zur Eindämmung dieser Sendungen nehmen inzwischen geradezu inflationären Charakter an.

Ich habe angesichts dieser Entwicklung einmal in alten Unterlagen gestöbert, um die aktuellen Aussagen maßgeblicher CSU-Politiker mit denen früherer Jahre zu vergleichen.

Es geht mir dabei nicht um Rechthaberei nach dem Motto: "Wir haben es ja schon immer gesagt"; und auch nicht darum, nachträglich die Illusion zu nähren, Bayern oder die Bundesrepublik insgesamt hätten sich auf Dauer der Einführung privater Programme verschließen kön-

nen. Bemerkenswert ist es aber doch, wie fahrlässig und eklatant falsch von der CSU der Zusammenhang von kommerziellem Fernsehen und verrohender Programme eingeschätzt worden ist.

Dazu einige wenige Beispiele:

Im Oktober 1984 schrieb der damalige CSU-Fraktionsvorsitzende Tandler an die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die sich mit einer Initiative gegen Horror-Videofilme an zahlreiche Politiker gewandt hatte, wörtlich: "Die Lage auf dem deutschen Programm-Markt wäre heute ohne Zweifel eine andere, hätte man den Wunsch vieler Bürger nach mehr Auswahl und Vielfalt durch rechtzeitige Freigabe der Kabel- und Satellitenfernsehen aufgefangen. Denn hier sind die Landesgesetzgeber verpflichtet, klare ordnungspolitische Vorkehrungen zu treffen - zum Beispiel gegen Gewaltverherrlichung und Rassendiskriminierung, für den Schutz von Kindern, Jugendlichen und Familien. Das Medienerprobungs-gesetz des Freistaates Bayern, das in den nächsten Tagen vom Bayerischen Landtag verabschiedet werden wird, zeigt, daß das Land Bayern durchaus in der Lage ist, dieser Verantwortung gerecht zu werden."

Von wegen - kann ich dazu nur sagen.

Bei den Beratungen des Mediengesetzes im sozialpolitischen Ausschuß des Bayerischen Landtags vertrat die CSU-Abgeordnete und heutige Sozialstaatssekretärin Stamm am 11. Oktober 1984 die Auffassung, "die politische Diskussion mit mehr Optimismus zu führen, und regte an, mehr Mut zu machen und als Politiker die Erwartung auszusprechen, daß die Leute, die Programme anbieten, sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt seien und deren Programme in Richtung Kulturförderungsgesetz gingen".

Herr Thoma muß schon damals einen Lachkrampf bekommen haben.

Bei der Verabschiedung des Mediengesetzes im Plenum des Landtags am 15. November 1984 warf sich Edmund Stoiber, seinerzeit Leiter der Staatskanzlei, stolz in die Brust: "Damit (gemeint ist der Gesetzentwurf) begegnen wir rechtzeitig drohenden Fehlentwicklungen, nutzen in verantwortlicher Weise die Möglichkeiten, die uns die neuen Medien bieten, und stellen sie in den Dienst der Bürger... Ideologische Verblendung, die zwar staatlicher Bevormundung alles zutraut, dafür aber dem Menschen zutiefst mißtraut, wird sich immer der Schaffung von mehr Entfaltungs- und Freiräumen entgegenstellen. Deshalb haben bestimmte Parteien panische Angst vor größeren privaten Programmen bei der Gestaltung und Nutzung neuer Medien... Auch kulturpessimistische Weinerlichkeit ist hier fehl am Platze. Die von der SPD so gern ins Spiel gebrachte Formel, jede privatwirtschaftliche Betätigung im Bereich der neuen Medien sei allein profitorientierter Kommerz, ist schlichtweg falsch."

Wonach orientieren sich nach heutiger Meinung von Herrn Stoiber die privaten Programme, wenn nicht nach dem Kommerz?

Noch ein Jahr später, am 5. Oktober 1985, tönte der CSU-Abgeordnete Herbert Huber, heute Nach-Nach-Nachfolger Stoibers als Leiter der Staatskanzlei, gegenüber der "Landshuter Zeitung": "Pornos und Gewalt wolle man auch in den Programmen der Privaten nicht. Im Medienerprobungs- und -entwicklungsgesetz, das seinen Worten nach aufgrund der gemachten Erfahrungen auch überprüft und im Bedarfsfall entsprechend geändert werden soll, seine deshalb sittliche Grundprinzipien enthalten. Wer dagegen verstoße, der werde aus dem Programm geschmissen."

Aha - kann ich dazu nur sagen.

Das mindeste, was die Bürgerinnen und Bürger angesichts der tatsächlich eingetretenen Entwicklung von der CSU in der laufenden Debatte erwarten dürfen, ist Selbstkritik statt Selbstgerechtigkeit und die Bereitschaft, bei der Suche nach Schuldigen zu allererst in den Spiegel zu blicken.

(/22. November 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Die Einheit gestalten

Der SPD-Bundesparteitag hat am 19. November in Wiesbaden eine Erklärung zum Einheitsprozeß verabschiedet, die wir im Wortlaut dokumentieren.

I.

Drei Jahre nach der staatlichen Einigung Deutschlands ist offenbar, daß die Vollendung der inneren Einheit nur in einem langwierigen und mühsamen Prozeß gelingen kann. Die Zweifel sind gewachsen, ob der eingeschlagene Weg richtig war. Viele Menschen in Ostdeutschland sind enttäuscht, in wachsender Zahl sogar verbittert, weil die Hoffnung auf eine schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West sich nicht erfüllt hat. Der Zusammenbruch der ostdeutschen Industrieproduktion hat Millionen von Menschen nicht nur die Arbeitsplätze genommen, sondern auch die Lebensperspektive. In Westdeutschland werden von vielen die Lasten der Einheit als übermäßig empfunden, weil diese Lasten ungerecht verteilt sind und einhergehen mit der schwersten Beschäftigungskrise seit 1949.

Trotzdem sagen wir nachdrücklich:

Die deutsche Einheit ist ein Gewinn für alle Deutschen! Sie brachte 16 Millionen Deutschen Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit. Und viele Menschen in Ostdeutschland konnten sich in den letzten vier Jahren einen höheren Lebensstandard erarbeiten, als er zu DDR-Zeiten jemals erreichbar war.

Das haben Sozialdemokraten seit der Teilung erhofft und erstrebt. Auf unseren Beitrag zur friedlichen Vereinigung Deutschlands sind wir stolz: die Deutschlandpolitik Willy Brandts. Sie konnte den Kalten Krieg überwinden und hat politische Reformen in den Staaten des Warschauer Pakts begünstigt. Das gilt besonders für die Sowjetunion. Aber die Befreiung von der kommunistischen Herrschaft haben die Menschen in Polen, Ungarn, der damaligen CSSR, der DDR und den anderen Staaten des sowjetischen Machtbereichs selbst vollbracht.

Zugleich haben sie damit die Teilung Deutschlands und Europas beendet.

Wir stehen vor neuen Herausforderungen, und wir wollen sie meistern. Es geht darum, trotz der neuen und alten Konflikte in Europa den Frieden wieder zu erringen und gute Nachbarschaft zu pflegen. Es geht darum, Menschen in ihrer Heimat ein Leben in Würde und ohne Not zu ermöglichen, aber auch das Zusammenleben von Angehörigen verschiedener Nationen in einem Staat in Frieden und Toleranz, ohne Rassismus und Diskriminierung zu ermöglichen.

Wir halten fest an der Einbindung unseres Landes in den Prozeß der europäischen Integration. Die deutsche Einheit ist auch mit der Unterstützung unserer Nachbarn vollendet worden. Das vereinte Deutschland soll einen aktiven Beitrag zur europäischen Einigung leisten.

In Deutschland hat die Bundesregierung seit dem 8. Oktober 1990 zu viele Fehler gemacht. Die Spaltung der Gesellschaft wurde vertieft. Zunächst wurden sich die Menschen in Ost und

West lediglich der Fremdheit bewußt, die in 40 Jahren getrennter Entwicklung entstanden war. Inzwischen wachsen die wechselseitigen Vorurteile, die Verteilungskämpfe nehmen zu - auch an emotionaler Schärfe, in der sie geführt werden. Die Grundwerte Gerechtigkeit und Solidarität geraten aus dem Blick. Die Freude und Hilfsbereitschaft des Herbstes 1989 im Westen wurden von der Regierung Kohl ignoriert, die Aufbruchstimmung der Ostdeutschen und den Willen zur Reform im vereinten Deutschland hat die konservativ-liberale Parlamentsmehrheit zurückgewiesen.

Der durch eine bornierte Privatisierungsstrategie forcierte wirtschaftliche Zusammenbruch hat Ostdeutschland als Produktionsstandort fast bedeutungslos gemacht. Massenarbeitslosigkeit ist die unmittelbare Folge davon. Sie trifft besonders die Frauen. Die schockartige Übertragung der westdeutschen Strukturen und Regeln, bei der die gewohnte soziale und kulturelle Infrastruktur oft ersatzlos zerschlagen wurde, hat allen Ostdeutschen Umorientierungs- und Anpassungsleistungen abverlangt, die sie bis heute in bewundernswürdiger Anstrengung und Geduld erbringen, die vielfach aber auch Überforderungs- und Entwertungsängste verursachen.

In Westdeutschland richten sich die Zumutungen vor allem an die versicherungspflichtigen Arbeitnehmer und - nach den aktuellen Plänen der Bundesregierung - an die Empfänger von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Beamte, Politiker, Selbständige, die Besitzer und Erben großer Vermögen werden dagegen weitgehend verschont oder sogar noch entlastet. Diese ungerechte Verteilung unvermeidlicher Lasten der Einheit trägt ursächlich dazu bei, daß mental und gesellschaftlich noch immer nicht 'zusammenwächst, was zusammengehört'. Ungerechtfertigt sind alle Versuche, die gegenwärtige Rezession, die Arbeitslosigkeit im Westen Deutschlands und die nun eintretenden Reallohnneinbußen mit der Einheit in Verbindung zu bringen. Die Fehler des westdeutschen Managements, der Wirtschafts- und der Forschungs- und Technologiepolitik reichen weiter zurück als in das Jahr 1989. Deshalb brauchen wir die Einsicht: nur in Ost und West gemeinsam überwinden wir die Rezession, bekämpfen wir die Massenarbeitslosigkeit und schaffen die Bedingungen dafür, daß auch in Ostdeutschland jeder seinen Lebensunterhalt durch Arbeit bestreiten kann. Nur so haben wir eine Chance zu neuem Wachstum, ökologischer Erneuerung und gesellschaftlicher Reform in ganz Deutschland.

II.

Die Wählerinnen und Wähler erwarten zu Recht von einer Bundesregierung sichere und verlässliche Rahmenbedingungen, soziale Gerechtigkeit, eine aktive Beschäftigungspolitik und eine marktwirtschaftliche Industriepolitik, die uns die Märkte von Morgen sichert.

Ostdeutschland ist gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung die ärmste Region EG-Europas. Das muß Auswirkungen auf Investitionsförderung, auf volkswirtschaftliche Modernisierung und technologische Innovation, auf Markterschließung, Infrastrukturausbau und Forschungsförderung haben. Auf all diesen Feldern müssen die politischen Akzente für Ostdeutschland gesetzt werden.

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben die Deutschen in der DDR den höheren Preis für die deutsche Kriegsschuld und den Holocaust zahlen müssen. Heute erscheinen die Mühen und Erfolge, die sie trotz des kommunistischen Regimes erarbeiten konnten, oft wertlos. Kompetenzen, Arbeitsplätze, Arbeitskräfte und Gewinne sind nach Westen gewandert. Das müssen wir korrigieren, soweit es möglich ist, damit die staatliche Einheit nicht nachträglich als Verlust erscheint und das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland dauerhaft belastet.

Wir werden deshalb bei den Verteilungskämpfen in Deutschland für soziale Gerechtigkeit sorgen, die sozialen Leistungen aufrechterhalten und die Mittel der staatlichen Wirtschaftsförderung konzentrieren.

Wir wissen, daß wir es dabei nicht jedem recht machen können; aber wir werden keine Mühe scheuen, um die heutige Konkurrenz zwischen Ost- und Westdeutschland abzulösen durch eine gemeinsame Anstrengung aller Deutschen für eine sozial gerechte Gesellschaft, für eine ökologisch verantwortliche und wettbewerbsfähige Wirtschaft.

Die Angleichung der Lebensverhältnisse ist dabei unser wichtigstes Ziel. Ihr Herzstück ist, Arbeit zu haben und Arbeit zu bekommen. Erst wenn dazu im Osten wie im Westen gleiche Chancen bestehen, ist dieses Ziel erreicht. Das wird länger dauern, als viele hoffen. Aber es wird allen Regionen in Deutschland Nutzen bringen. Wir vertrauen auf die Verantwortung der Tarifpartner, die, wie in der Vergangenheit, für ein angemessenes Niveau der Realeinkommen sorgen werden. Heute liegen die Realeinkommen im Osten bei gleich hohem und teilweise höherem Preisniveau noch deutlich unter denen des Westens. Es ist ein eherner sozialdemokratischer Grundsatz, daß für gleiche Arbeit auch gleicher Lohn erreicht werden soll. An diesem Ziel hält die SPD fest.

Besonderer Wert muß auf die Entwicklung eines regional verwurzelten Mittelstandes in Ostdeutschland gelegt werden. Auch in der Landwirtschaft muß - zum Beispiel durch eine Regelung der Altschuldenbelastungen - Eigentümern Ostdeutscher an landwirtschaftlichen Betrieben Vorrang haben.

Wir wollen die bisherigen Erfahrungen des Transformationsprozesses auswerten und für ein neues Projekt gesellschaftlicher Reform nutzen. Effektive Wirtschaftspolitik, sozial-, gesundheits- und bildungspolitische Erneuerung können auf dieser Grundlage gestaltet werden. Wir werden weiter dafür eintreten, daß mehr direkte Bürgerbeteiligung in unser Verfassungssystem verankert wird. Auf diese Weise werden mehr und andere Erfahrungen aus Ostdeutschland - und nicht nur der "Grüne Pfeil" - unsere gemeinsame Zukunft mitgestalten.

Notwendig sind Verständnis und Gerechtigkeit bei der Bewertung unterschiedlicher deutscher Vergangenheiten, unterschiedlicher Biographien. Wir wenden uns gleichermaßen gegen ein Klima eiliger Verdächtigung wie bequamer Verdrängung.

Auch in Zeiten großer wirtschaftlicher und finanzieller Probleme wollen wir die Kultur verteidigen als einen unverzichtbaren Raum der Reflexion und Verständigung, der Identitätsfindung und Identitätsbildung für ein europäisches Deutschland - so wie sie in den Zeiten der Teilung eine Form des Zusammenhalts der Nation war.

Die SPD steht für einen großen gemeinschaftlichen Aufbruch. Sie will ein Band der Solidarität zwischen allen Menschen in Deutschland herstellen. Die Krise kann bewältigt werden, wenn Gemeinsinn statt Egoismus, Realismus statt Täuschung und Verständnis statt Vorurteilen walten.

(-/22. November 1993/rs/ks)
